

cenjur®
CE juristisch-politisches
Info-Magazin von

SEIDL®

Herrn Dr. Ulf Böge, Präsident des Bundeskartellamtes Fax: +49 (0) 228 9499 140
Herrn Kommissionspräsident Romano Prodi Fax: +32 2 295 01 38
Herrn Kommissare Solbes (Gerhard Stahl)- Fax: +32 2 296.94.28
Herrn Kommissar Monti (Alexander Schaub)- Fax : +32-2-295.01.28
Herrn Carsten Volkery, Der Spiegel, carsten_volkery@spiegel.de

18. August 2002

Nach dem Bilanzfälschungsskandal in den USA: „Nach bestem Wissen und Gewissen“ ist zu schwammig und nicht genug – Fragen nach dem Vorgehen von Kartellamt und Kommission

Sehr geehrter Herr Dr. Boege,
sehr geehrter Herr Präsident Prodi,
sehr geehrte Herren Kommissare,

unter Hinweis auf unser noch unbeantwortetes Schreiben an Sie vom 17. Mai 2002, siehe www.seidl.de/cenjur/boege170502.htm, beziehen wir uns heute auf den online-Artikel von Carsten Volkery im Spiegels vom 14. August 2002 zum Thema „Wenn Manager schwören sollen...“

Zu den gleichen Bedenken „...*Und selbst wenn sich eine Bilanz im nachhinein als nicht kosher erweist: Die Einschränkung "nach meinem besten Wissen" erlaubt dem Manager immer noch die Verteidigung, die Bilanztricks seien außerhalb seines besten Wissens geschehen. Das sagt Enron-Chef Kenneth Lay bis heute...*“ kommen auch wir und mehr noch:

wie schwammig „Nach bestem Wissen und Gewissen“ ist, wissen sowohl Sie, wie auch Journalisten, Steuerberater und Juristen. Gerade im Hinblick auf Kartellzerschlagungen – siehe hierzu unser Statement „TV-Kabelnetz“ www.seidl.de/sonderinfo_Kabelnetz.htm und die daraus möglichen Firmenbeteiligungen oder Firmenkäufen sowie Firmenbeteiligungen oder Firmenkäufen überhaupt darf „Nach bestem Wissen und Gewissen“ grundsätzlich keine Gültigkeit haben. Vielmehr muss eidesstattlich und unwiderruflich die Korrektheit erklärt und die Falschangabe ohne Wenn und Aber mit hohen (Gefängnis)Strafen strafrechtlich geahndet werden. Es geht schliesslich um Millionen Arbeitsplätze, wie man drastisch bei ENRON und WORLDCOM sehen konnte und wie man besonders seit 1999 auf dem deutschen Markt feststellen muss (siehe blauer Brief www.seidl.de/cenjur/regling_110202.htm)

Frage: was gedenkt das Bundeskartellamt, was gedenken die EU-Kommission, namentlich die Herren Präsident Prodi, Kommissare Solbes und Monti aufgrund der US-amerikanischen Bilanzmanipulationen (interessant übrigens in diesem Zusammenhang die Begründung Amerikas und Englands, warum es Echelon gibt!) zu tun,

- a) in Bezug auf bereits stattgefundene Firmenübernahmen oder/und Beteiligungen deutscher und europäischer Konzerne,
- b) künftighin?
- c) Warum hat OLAF die Bilanzfälschungen nicht bemerkt und reagiert, sind doch – jedenfalls in Deutschland - fast alle Konzerne privatisiert und Kartelle zerschlagen und amerikanische Investoren in grossem Umfang in ehemals deutschen Konzernen?!
- d) Was, bitte, unternehmen Bundeskartellamt und EU-Kommission, um die nationale Souveränität nicht zu gefährden, denn 1988 kaufte bereits die englische Regierung von den Kuwaitis 11,7 % der von den Kuwaitis still und leise 21,6 % von BP erworbenen Aktien zurück, weil sie Zweifel an der Unabhängigkeit ihres Eigentums bekam. Innerhalb der Europäischen Union sind zB in Deutschland bereits gravierende Grosskonzerne nicht mehr im Mehrheitsbesitz deutscher Anteilseigner (zB BASF, Hoechst, Daimler Benz, Deutsche Bank, SIEMENS, ARAL, DEA, um nur die Grössten einmal zu nennen). Weitere grosse Konzerne wie e.on oder auch VW sind Aktiengesellschaften mit Inhaberaktien. Wie weiss man hier überhaupt, wer diese Unternehmen kontrolliert, Drogenkartelle?, Scientology? Mafiabanden? - Wie können Kartelle zerschlagen und Firmenverkäufe sowie Beteiligungen ausserhalb europäischer Investoren zugelassen werden, sind noch nicht einmal die grundlegendsten Dinge wie Untergrenze Souveränität eines Mitgliedstaates geregelt?
- e) Was, bitte, wird unter diesen Umständen aus der Deutschen Post und der Bahn, was aus Telekom?

Kirch Media und auch andere Konzerne innerhalb Europas (siehe zB akut die Niederlande) sind in höchstem Masse durch aussereuropäische Investoren gefährdet, womit auch die nationale Berichterstattung nicht mehr mehrheitlich unter nationaler Kontrolle wäre. Dramatisch spitzt sich die Lage in Deutschland zu, wo nicht nur die Deutsche Bank nicht mehr im Mehrheitsbesitz der Deutschen ist, sondern bereits die ap-Presse in weiten Teilen die Berichterstattung in Deutschland übernommen hat und sogar, wie uns berichtet wurde, Zuschüsse von der Bundesregierung erhält. Das muss man sich einmal überlegen. Ist das unter Europäischer Union zu verstehen? Dann haben wir dies ja deutlichst missverstanden, wie wohl auch 99,9 % der Bevölkerung in der EU.

Ihrer geschätzten Rückantwort sehen wir mit grossem Interesse entgegen und verbleiben

mit freundlichem Gruss

Gudrun Seidl, Mitglied bei european journalists und WPK
cenjur CE juristisch-politisches Info-Magazin

PS: Dem Spiegel möchte ich an dieser Stelle meinen grossen Dank aussprechen. Er ist für mich ein Presseorgan, wie Presse sein soll: unbequem, aufgedeckend und von hoher fachlicher Qualifikation.